

(A)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen vom 29. April 2008 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits**

– Drucksache 17/3963 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die **Reden zu Protokoll** genommen. Es handelt sich um folgende Kolleginnen und Kollegen: Peter Beyer, Wolfgang Götzer, Günter Gloser, Rainer Stinner, Sevim Dağdelen und Marieluise Beck.

Peter Beyer (CDU/CSU):

Als Ende letzter Woche in Oslo der chinesische Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo geehrt wurde, konnte er selbst der Zeremonie nicht beiwohnen. Er ist im Nordosten Chinas inhaftiert. Seine Frau konnte ebenfalls nicht nach Oslo reisen. Sie steht in Peking unter Hausarrest. Der Stuhl des Preisträgers war nicht der einzige, der leer blieb. Gleich eine Reihe von Staaten hatten auf Druck Chinas keine Vertreter nach Oslo entsandt.

Ein Signal der Stärke hingegen war die Teilnahme Serbiens. Nach heftigen Diskussionen im Lande zog Belgrad die ursprüngliche Absage zurück. Sicherlich, die Europäische Union hatte zuvor hinter den Kulissen an Serbien appelliert, beim Festakt in der norwegischen Hauptstadt Präsenz zu zeigen; denn wer die EU-Mitgliedschaft anstrebt, sollte die europäischen Werte, zu deren Kern die Menschenrechte gehören, bedingungslos teilen.

Bemerkenswert am serbischen Sinneswandel waren jedenfalls die ermutigenden Erklärungen aus der Belgrader Politik, vom Präsidenten, von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten. Überzeugend war die wahrnehmbare Kritik der Zivilgesellschaft an den Boykottplänen des serbischen Außenministers. Die Bürger halten nichts von einer Rückkehr zur längst überwunden geglaubten Ära Milosevic und allen damit verbundenen negativen Auswirkungen. Serbien war am vergangenen Freitag also in Oslo vertreten: Ein Gewinn für Europa und ein Zeichen für die Stärkung der Menschenrechte.

Russlands Stimme ist ebenfalls in Serbien gut wahrnehmbar. Deshalb ist die anstehende Einleitung des Ratifikationsprozesses des Stabilisierungsabkommens mit Serbien durch den Bundestag ein richtiger und notwendiger Schritt nach vorn.

Peter Beyer

(A) *Der Ratifizierungsprozess ist das Ergebnis der positiven Entwicklungen im Verhältnis Serbiens zur Europäischen Union. Die Bundesregierung hat diesen Annäherungsprozess mit Engagement und Nachdruck begleitet. Die Koalitionsfraktionen hatten Anfang Oktober dieses Jahres unter dem Titel „Beitrittsantrag der Republik Serbien zur Prüfung an die Europäische Kommission weiterleiten“ einen Antrag ins Plenum eingebracht und mit Mehrheit des Hauses verabschiedet. Denn wir befürworten, dass der Beitrittsprozess in Gang gesetzt wird.*

Serbien hatte zuvor im September zusammen mit allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Resolution in die VN-Generalversammlung eingebracht, die das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Kenntnis nimmt, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen das Völkerrecht verstößt, und direkte Gespräche zwischen Serbien und Kosovo mit Unterstützung der Europäischen Union vorsieht. Das gemeinsame Vorgehen mit der EU zeigt, dass Serbien auf Kooperation statt Konfrontation setzt und sich klar auf einen proeuropäischen Weg begeben hat. Dieser Weg nach Europa lohnt sich für die Menschen.

Serbien wird im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses indes hart daran arbeiten müssen, alle Kriterien der Europäischen Union vollständig und uneingeschränkt zu erfüllen. Dazu gehört die verlässliche und aktive Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Dazu gehören des Weiteren die regionale Zusammenarbeit und die gutnachbarschaftlichen Beziehungen auch und gerade mit dem Kosovo, einschließlich eines konstruktiven Lösens offener bilateraler Fragen.

(B) *Gerade mit Blick auf die gutnachbarschaftlichen Beziehungen sind durchaus positive Entwicklungsansätze erkennbar. So stelle ich in diesem Zusammenhang erfreut fest, dass Serbien in Bosnien und Herzegowina – das war nach meinem Eindruck weitgehender Konsens in der Debatte zum Althea-Einsatz vor zwei Wochen an dieser Stelle – allmählich mehr und mehr stabilisierend wirkt. Ein weiteres Beispiel für die intensiver werdende Zusammenarbeit im ehemals jugoslawischen Raum ist die verstärkte Kooperation im internationalen Güterbahnverkehr. Und der serbische Präsident Boris Tadic hat jüngst nicht nur Zagreb besucht, sondern auch Vukovar. Zusammen mit seinem kroatischen Amtskollegen Ivo Josipovic setzte er ein starkes Signal der Versöhnung an dem Ort, der so sehr für die Schrecken des Krieges zwischen beiden Ländern steht. Es gibt sie also, die so wichtigen ermutigenden Signale, Symbole und Aktionen, die ernsthaftes Bemühen erkennen lassen.*

Am Ende des Tages gelten für Serbien wie übrigens für alle EU-Beitrittsaspiranten die gleichen Kriterien. Kein Beitrittsland darf zeitlich bevorzugt werden. Einen EU-Beitritt gibt es nur bei strikter, vollständiger Erfüllung aller Kriterien, ansonsten nicht. Das müssen alle am Prozess Beteiligten verinnerlichen.

Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU):

Vor zwei Monaten haben wir uns dafür ausgesprochen, das Beitrittsgesuch Serbiens zur Europäischen

Union zur Prüfung an die Europäische Kommission weiterzuleiten, und heute geht es darum, mit der Zustimmung zur Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Serbien einen umfassenden rechtlichen Rahmen zu schaffen, in dem die Vorbereitungen Serbiens auf den von ihm gewünschten EU-Beitritt erfolgen.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, in den Serbien nach der Ratifizierung dieses Abkommens in allen EU-Mitgliedstaaten eintreten wird, ist für Serbien eine große Chance und eine große Herausforderung. Für die EU ist das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ebenfalls eine sehr gute Möglichkeit, die Beziehungen zwischen der EU und Serbien zu gestalten. Wir bauen damit eine Arbeitsstruktur auf, und es wird regelmäßige Berichte und Konferenzen geben. Dadurch wird Serbien klar bestimmen können, wo es auf seinem Weg bei der Integration in die EU steht, und wir können klar sehen, welche Entwicklungen sich in Serbien vollziehen, und klar definieren, was wir von Serbien auf seinem Weg in die EU erwarten.

Bayern hat mit Serbien im Rahmen der Zusammenarbeit in der seit 40 Jahren bestehenden Ständigen Kommission viele Erfahrungen sammeln können. Serbien gilt in der Region als verwaltungstark und wirtschaftlich innovativ. Insofern bietet das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen durch die Heranführung an den europäischen Markt insbesondere große Vorteile für die Entwicklung der serbischen Wirtschaft und aufgrund der zentralen Lage Serbiens die Möglichkeit zur Prosperitätssteigerung in der gesamten Region. Serbien wird die einmalige Möglichkeit bekommen, von dem Expertenwissen der europäischen Beamten und von den Vorbereitungshilfen des EU-Heranführungsinstruments IPA zu profitieren. Ich hoffe, dass Serbien diese große Chance nutzen wird und dadurch schnelle Fortschritte auf dem Weg in die EU macht.

Gleichzeitig möchte ich dem Wunsch Ausdruck geben, dass Deutschland Serbien auf diesem Weg auch in der Zukunft weiterhin so eng diplomatisch begleitet, wie dies in den letzten Monaten geschehen ist. Deutschland hat unter der christlich-liberalen Regierung endlich wieder eine aktive Rolle in der Westbalkan-Politik eingenommen.

Die Herausforderungen, vor denen Serbien steht, sind groß, wie der letzte Fortschrittsbericht der EU-Kommission zeigt: Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen, Reform des Justizwesens, Korruptionsbekämpfung und Regelung der Wahlkampffinanzierung, Klärung von Eigentumsrechten und des Status von Flüchtlingen, Reform des Arbeitsmarkts, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Schwarzmarktes, Fortführung der Privatisierung – all dies, um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen, sind Aufgaben, die Serbien in den nächsten Jahren ernsthaft angehen muss.

Hinzu kommen zwei weitere wichtige, für Serbien innenpolitisch höchst sensible Herausforderungen, bei denen wir das Land nicht aus der Verantwortung lassen können. Erstens muss Serbien unter Respektierung der bestehenden Grenzen einen Modus Vivendi mit Kosovo

Dr. Wolfgang Götzer

- (A) *finden, der dazu führt, dass die noch offenen bilateralen Fragen schrittweise mit dem Ziel gelöst werden, dass Kosovo zunehmend tatsächlich als souveräner Staat agieren kann. Die Förderung regionaler Kooperation im Zeichen eines von guter Nachbarschaft und friedlichem Herangehen geprägten europäischen Geistes gehört zu den Kernpunkten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Auf der Erfüllung dieses Kernpunktes – und zwar sowohl im Verhältnis zu Kosovo als auch im Verhältnis zu seinen anderen Nachbarn, insbesondere Kroatien und Bosnien-Herzegowina – werden wir gegenüber Serbien bestehen.*

Zweitens muss sich Serbien seiner Verantwortung stellen, die es beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens gespielt hat. Hierbei ist die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien von größter Bedeutung und aus meiner Sicht gehört hierzu auch ganz klar die Auslieferung von Ratko Mladić und Goran Hadžić, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien so lange hinausgezögert wurde, bis die damalige Chefanklägerin Carla del Ponte am 4. Oktober 2005 die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof bestätigte. Zwei Monate später wurde der flüchtige General Gotovina auf Teneriffa festgenommen. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass wir in dieser Frage eine klare und konsequente Linie verfolgen.

- (B) *Zu einer wahrhaftigen Aufarbeitung der Kriegsgeschehnisse gehört aber bei allen ehemaligen Beteiligten noch mehr, zum Beispiel sich zu den historischen Fakten zu bekennen, Schuld einzugestehen und sich dafür zu entschuldigen und echte Aussöhnung anzustreben. Ich finde, wir sollten hierbei Unterstützung leisten.*

Serbien bekommt mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen eine große Chance. Wir begrüßen dies und stimmen deshalb dem Gesetzentwurf zu.

Günter Gloser (SPD):

Die Menschen in Südosteuropa vertrauen auf das Versprechen einer europäischen Perspektive. Mit diesem Ziel vor Augen unternehmen sie große Anstrengungen, um ihre Länder an europäische Standards anzupassen. Mit diesem Ziel vor Augen muten Politiker in dieser Region ihren Wählerinnen und Wählern harte Reformschritte zu.

Deshalb sollten wir Serbien wie auch die anderen Länder der Region auf ihrem Weg in die Europäische Union wohlwollend begleiten und unterstützen. Denn wenn wir ihnen am Ende ihrer Bemühungen die Tür vor der Nase zuschlagen, werden wir nicht nur eine Entwicklungsmöglichkeit für die Europäische Union verpasst haben. Wir werden mitten in der EU – denn die Länder des Balkans sind schließlich vollständig von EU-Ländern umringt – erneut massive Sicherheitsprobleme haben, etwa politische, soziale und ethnische Unruhen, Migration und möglicherweise auch wieder bewaffnete Konflikte.

- (C) *Für eine mögliche Erweiterung der EU müssen aber nicht nur die Länder Südosteuropas noch viele Voraussetzungen erfüllen. Auch die EU selbst muss erst noch erweiterungsfähig werden. Denn Europa scheint ja weiterhin in einer Dauerkrise zu sein. Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs gibt es nur noch ein Thema: die Staatsfinanzen und den Euro.*

So wichtig das auch ist, durch diese Debatten werden wichtige Reformthemen hintangestellt. Eigentlich gilt es ja, Europa nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wieder flottzumachen und auf Kurs zu bringen. Stattdessen wird die EU weiter auf unbestimmte Zeit auf das Trockendock gelegt. Was wir damit riskieren, habe ich eingangs dargestellt. Auch deshalb ist die Verunsicherung in der deutschen Europapolitik, die Kanzlerin Merkel und ihr Außenminister Westerwelle zu verantworten haben, nicht nur bedauerlich, sondern höchst gefährlich. Europa braucht Orientierung und Klarheit über die eigene Entwicklung. Die derzeitige Bundesregierung liefert leider das Gegenteil: Sie erzeugt den Eindruck von nationalem Egoismus und verhindert damit nicht nur eine positive Entwicklung in Europa, sondern sie schwächt in der Folge auch die dringend notwendige Fähigkeit der EU zu einer Erweiterung in Südosteuropa.

- (D) *Im Fall von Serbien ist das besonders bedauerlich. Serbien als ehemaliger Kriegsgegner der NATO im Kosovo-Krieg 1999 hatte und hat wohl von allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens den weitesten Weg nach Europa zu gehen. Umso mehr müssen wir anerkennen, welche Strecke Serbien erfolgreich zurückgelegt hat, und das Land weiter unterstützend und sehr aufmerksam begleiten. Heute hat Serbien bei allen Problemen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, auf jeden Fall einen europäischen Weg eingeschlagen und manchen Nachbarn auf dem Weg nach Europa sogar überholt. Angesichts dieser Erfolge erwartet und verdient das Land unsere aktive Unterstützung und Begleitung.*

Für die Menschen in Serbien selbst stellt sich die Situation freilich etwas anders dar: Sie verspüren jetzt – nach den beschriebenen historischen Umbrüchen – schmerzlich die Mühen der Ebene. Die europäische Orientierung der derzeitigen Regierung wird zwar mehrheitlich von der Bevölkerung mitgetragen – selbst in der Kosovo-Frage sind viele Menschen pragmatisch eingestellt –, Inflation, Arbeitslosigkeit, Bürokratie, Korruption und organisierte Kriminalität lassen sich aber nicht von heute auf morgen bekämpfen. Wie überall messen die Menschen eine Regierung letztlich an dem, was bei ihnen persönlich ankommt.

Die Erfahrung anderer Reformländer in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zeigt, dass die Zeitspanne kurz ist, in der Reformen die volle Unterstützung der Menschen haben. Soziale Härten und wachsende soziale Ungleichheiten können schnell den Reformeifer untergraben. Deshalb ist es wichtig, dass besonders die wirtschaftliche Öffnung und die Modernisierung von Verwaltung und Justiz zügig vorangetrieben und die weit verbreitete Korruption effektiv bekämpft wird.

Dies sind auch aus Sicht der Europäischen Union die wichtigsten Arbeitsfelder für weitere Reformen. Und

Günter Gloser

- (A) *machen wir uns nichts vor: Ohne den freundschaftlichen Druck aus Brüssel, ohne den ständigen Wettbewerb unter den Ländern der Region würde es viele positive Entwicklungen nicht geben. Deshalb müssen wir kritisch sein. Deshalb dürfen wir keine politischen Rabatte für Beitrittskandidaten geben. Deshalb müssen wir aber auch die europäische Perspektive als positiven Anreiz glaubwürdig anbieten.*

Wenden wir uns aber noch einmal der internationalen Diplomatie zu: Die nach einigem Zögern doch sehr konstruktive Reaktion Belgrads auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeit des Kosovo bedeutete für die serbische Führung ein hohes politisches Risiko. Sie hat es auf sich genommen und ist mit der formellen Empfehlung der EU-Außenminister zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU zu recht belohnt worden.

Dieser Punkt entspricht geradezu mustergültig den drei Grundprinzipien des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses: nämlich erstens, den Ländern der Region attraktive Anreize für eine europäische Orientierung zu geben und mittelfristig die volle Integration in die EU in Aussicht zu stellen, zweitens dafür auch mutig Reformschritte und umfassende Kooperation zu verlangen und drittens die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren.

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen stellte den Anreiz dar, den Serbien brauchte, um einen konstruktiven Weg der Auseinandersetzung mit der Existenz eines unabhängigen Kosovo einzuschwenken.

(B) *Die Änderung der harten Haltung Serbiens war das Ergebnis. Das ist eine erhebliche Leistung angesichts der Stimmung in dem durch den Verlust des Kosovo noch immer traumatisierten Land.*

Die in Aussicht gestellten Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo werden die regionale Zusammenarbeit stärken und zur Einsicht beitragen, dass mittel- und langfristig beide Seiten ein großes Interesse an einer umfassenden Zusammenarbeit haben. Wenn sich diese Erkenntnis erst durchsetzt, werden sich auch Probleme wie die Situation der serbischen Minderheit im Kosovo oder die Anerkennung von Zolldokumenten des Kosovo durch Serbien lösen lassen.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Die Europäische Union hält Wort, und Deutschland hält Wort: Wir stehen zu der Zusage, dass die Zukunft der Länder des westlichen Balkans in der Europäischen Union liegt. Wir gehen dabei Schritt für Schritt vor, und nun steht ein weiterer konkreter Schritt an. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag das Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen der Europäischen Union mit Serbien zur Ratifizierung vorgelegt, und die FDP unterstützt diesen Antrag.

Diese Ratifizierung ist, gemeinsam mit der Weiterleitung des serbischen Beitrittsantrages an die Kommission, ein klares Signal an Serbien, dass wir Serbiens Weg in die Europäische Union voll und ganz unterstützen. Ich will hier aber auch noch einmal ganz klar sa-

gen: Serbien muss die notwendigen Bedingungen dafür erfüllen. Wir haben hier im Deutschen Bundestag im Oktober einen Antrag beschlossen, in dem wir die Bundesregierung aufgefordert haben, sich für die Weiterleitung des Beitrittsantrages Serbiens an die Europäische Kommission einzusetzen. Das ist in der Zwischenzeit erfolgt. Wir haben in diesem Antrag aber auch ganz deutlich gemacht, dass Serbien sich nicht auf bisherigen Fortschritten ausruhen darf. Wir haben ganz deutlich die Voraussetzungen für die weitere Annäherung benannt. Das sind, neben den Kopenhagener Kriterien, eben auch die beiden folgenden ganz wichtigen Punkte: volle Kooperation mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag und eine einvernehmliche Grenzregelung mit dem Kosovo. Von diesen Kriterien werden und können wir nicht abgehen, wenn wir das Wertefundament und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nicht gefährden wollen. Ich habe es immer für fair gehalten, das von Anfang an ganz klar zu sagen und Serbien hier keine falschen Hoffnungen zu machen. Ich halte es für besser, von Anfang an die Karten auf den Tisch zu legen, denn nur dann können wir Serbien auch zusagen, dass es keine weiteren Hürden geben wird.

Wie sieht es nun mit beiden Punkten aus? Die Gespräche mit dem Kosovo sind in Vorbereitung. Hier gab es natürlich durch die Neuwahlen im Kosovo Verzögerungen. Ich hoffe aber, dass auf der technischen Ebene bald Gespräche beginnen können. Wir werden beide Seiten genau beobachten und auch jeden für sich bewerten. Niemand muss befürchten, zur Geisel eines anderen gemacht zu werden. Ich warne aktuell aber die serbische Seite ganz ausdrücklich, die vom Europarat veröffentlichten Vorwürfe gegen den amtierenden kosovarischen Ministerpräsidenten Hashim Thaçi als Vorwand für weitere Verzögerungen zu missbrauchen. Diesen Vorwürfen muss eindeutig nachgegangen werden. Sie sind aber kein Grund, die dringend notwendigen Gespräche über praktische Kooperation zwischen Serbien und Kosovo zu verschieben.

Die uneingeschränkte Kooperation mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal ist unabdingbare Voraussetzung für weitere Fortschritte. Hier müssen und werden wir genau hinschauen. Die letzten Äußerungen von Chefankläger Brammertz mahnen stärkere Bemühungen Serbiens an. In seinem Bericht vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom 6. Dezember 2010 verlangt er von Serbien einen pro-aktiveren Ansatz zu Festnahme von Ratko Mladić und Goran Hadžić. Die serbische Regierung müsse deutlicher machen, dass sie Unterstützungsnetzwerke nicht toleriere, sondern im Gegenteil jede Unterstützung der Angeklagten bei ihrer Flucht strafbar sei. Der Schlüssel zur Festnahme von Mladić und Hadžić liegt nach Brammertz in Serbien. Hier muss es also dringend klarere Bemühungen geben.

Das ist auch mein Appell an die serbische Regierung: Unterstützen Sie uns deutsche Politiker durch gute Nachrichten aus Ihrem Land. Wir haben in Deutschland und in der gesamten EU eine gewisse Erweiterungsmüdigkeit. Wir Politiker in Deutschland werden dauerhaft unsere Wählerinnen und Wähler nur dann von neuen Beitritten überzeugen können, wenn wir substanzielle

Dr. Rainer Stinner

- (A) Fortschritte der Kandidatenländer vorweisen können. Politische Rabatte kann sich die Europäische Union nicht mehr leisten, und es wird sie auch nicht mehr geben. Die Tür zur Europäischen Union bleibt offen. Den Weg hindurch gehen müssen die Länder selber. Dazu erfolgt jetzt hier ein weiterer wichtiger Schritt. Ich hoffe und wünsche mir eine Entwicklung in Serbien, die uns ermöglicht, weitere Schritte schnell folgen zu lassen.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Der deutsche Außenminister Westerwelle ließ in seiner Pressemitteilung zur Wahl im Kosovo am vergangenen Wochenende verlauten:

Ich bin zuversichtlich, dass der 12. Dezember ein erfolgreicher Tag für die Demokratie und die Menschen in diesem jungen Staat wird.

Nach der Wahl hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Außenbeauftragten Ashton und des EU-Erweiterungskommissars Stefan Füle:

Wir freuen uns darauf, mit der neuen kosovarischen Regierung zusammenzuarbeiten und baldmöglichst den Dialog zwischen Pristina und Belgrad zu beginnen.

Einen Tag zuvor hatte der Europarat einen Bericht von Dick Marty veröffentlicht, nach dem der wiedergewählte kosovarische „Regierungschef“ Hashim Thaci während des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien schwere Kriegsverbrechen an Serben begangen habe – ein Krieg, den die damalige rot-grüne Bundesregierung mit teilweise gefälschten Berichten über serbische Massaker und „Hufeisenpläne“ begründete. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass Thaci bis heute ein führender Kopf des organisierten Verbrechens sei und sich wegen seiner politischen Ämter und seiner guten Kontakte zu westlichen Regierungen und Geheimdiensten „unberührbar“ fühle. Die NATO, die EULEX, der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und sämtliche westlichen Geheimdienste wüssten von den schmutzigen Geschäften der kosovarischen „Regierungen“, hätten aber ihre Ermittlungen auf politischen Druck hin eingestellt. Laut dem Bericht des Europarates hätten sie sogar Beweismittel vernichtet.

- (B) Das verwundert kaum. Denn es war Hashim Thaci, der nach Verhandlungen mit der deutschen und den europäischen Regierungen im Februar 2008 die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ankündigte, die bereits nach wenigen Tagen von der deutschen Regierung anerkannt wurde. Der deutsche Geheimdienst warnte damals schon, hier werde ein Mafiastaat errichtet. Ende August traf sich Westerwelle noch mit Thaci, schüttelte – wie zuvor schon seine grünen und rosaroten Vorgänger Fischer und Steinmeier – diesem Kriegsverbrecher die Hand und brüstete sich damit, dass Deutschland „einer der ersten Staaten“ war, „die die Republik Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben“.

Bundesaußenminister Westerwelle wurde bei seiner damaligen Reise auf den Balkan nicht müde, auch den folgenden Satz zu sagen: „Das, was uns betrifft, gehört nach Brüssel und nicht nach New York.“ Was er damit gemeint hat, war unverblümt: Hier in Europa gilt unser

eigenes Gesetz und nicht das Völkerrecht. Dieses Gesetz schreiben wir in Brüssel, und wir schreiben es in jedem Fall neu, je nach unseren Interessen. Deshalb erklären wir die Abspaltung des Kosovo für legitim, während wir drohen, die Unabhängigkeit der Republik Srpska von Bosnien und Herzegowina notfalls auch mit Waffengewalt zu verhindern. (C)

Es ging damals um einen Resolutionsentwurf, den Serbien in die UN-Vollversammlung eingebracht hatte, der erneut – im Einklang mit dem Völkerrecht und den vorangegangenen UN-Resolutionen – die Prinzipien der Souveränität und territorialen Unversehrtheit betonte und neue Statusverhandlungen im Rahmen der UN einforderte. Deutschland drohte damals, die Weiterleitung des serbischen Beitrittsersuchens zur EU nicht an die Kommission weiterzuleiten, sollte Serbien von diesem Entwurf nicht Abstand nehmen. Serbien knickte ein und brachte stattdessen einen neuen Entwurf ein, in dem die EU aufgefordert wurde, einen Dialog zwischen Belgrad und Pristina zu moderieren. Deutschland hat somit verhindert, dass die UN-Vollversammlung im Namen des Völkerrechts zur Sezession des Kosovo Stellung nehmen konnte und somit tatsächlich das Völkerrecht durch ein Brüsseler Recht ersetzt.

In diesem Zusammenhang ist auch zu verstehen, warum wir erst heute über den vorliegenden Gesetzentwurf debattieren, mit dem ein Abkommen vom Frühjahr 2008 ratifiziert werden soll. Das Stabilisierungsabkommen, über das wir heute diskutieren, ist datiert auf den 29. April 2008. Abgeschlossen wurde es zu diesem Zeitpunkt, um die Pro-EU-Kräfte bei den damals stattfindenden Parlamentswahlen in Serbien zu stärken. Dass das Abkommen so bald nicht ratifiziert würde, wurde schon damals offen ausgesprochen. (D)

Die Linke warnt davor, den EU-Beitrittsprozess zur Aushebelung des Völkerrechts zu missbrauchen. Das Völkerrecht gilt auch für Europa, und die Kriegsverbrecher aller Seiten müssen im gleichen Maße verfolgt werden. Sie können nicht die einen vor Gericht stellen und die anderen zum „Regierungschef“ eines illegitimen Mafiastaates machen. Die Linke fordert die Bundesregierung auf: Kündigen Sie den Pakt mit dem Teufel, und geben Sie Ihre Unterstützung für die Sezession des Kosovo auf!

Zuletzt noch zum Inhalt dieses Abkommens, der hier leider sehr kurz kommt, da das Abkommen instrumentalisiert wurde. Das Abkommen zwingt Serbien – ich zitiere aus dem Gesetzentwurf –, „seinen Außenhandel gegenüber der Union vollständig zu liberalisieren“. Dadurch sollen – ich zitiere weiter – „deutschen Unternehmen verbesserte Exportchancen“ geboten und „die Niederlassung von Unternehmen aus der Europäischen Union in Serbien“ erleichtert werden. Schon heute drängen deutsche Telekommunikations- und Energieunternehmen massiv auf den serbischen Markt, was zu steigenden Preisen für die Bevölkerung führen wird. Zugleich wird Serbien gezwungen, Löhne und Sozialleistungen drastisch zu kürzen, um, wie es heißt, „dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Europäischen Union standhalten zu können“. Zugleich lehnt die

Sevim Dağdelen

- (A) *Bundesregierung jeden „Beitrittsautomatismus“ ab. Das heißt: Selbst wenn Serbien all diese neoliberalen Reformen durchführt, wird es vermutlich niemals selbst in die EU aufgenommen werden und mitbestimmen können. Erkauft wird dieses Abkommen mit Heranführungshilfen und Darlehen in Milliardenhöhe. Wenn diese eines Tages versiegen, wird sich die EU mit dem nächsten völlig verarmten und verschuldeten Staat an ihrer Peripherie konfrontiert sehen. Mit ihrer neoliberalen Politik arbeitet die Bundesregierung mitten in der Krise schon an den Zusammenbrüchen und Aufständen von morgen.*

Die Linke lehnt diesen Irrweg ab und fordert eine Abkehr vom Neoliberalismus und eine Rückkehr zum Völkerrecht. Maxime deutscher Außenpolitik muss Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sein.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Serbien ist ein wichtiger Schritt für beide Seiten. Er bringt das Land der EU näher, und er trägt dazu bei, im noch immer glimmenden Krisenherd mitten in Europa die Voraussetzungen für eine sich dynamisch entwickelnde Region zu schaffen. Das ist jedenfalls die Hoffnung, die wir sicher hier im Bundestag und in der EU alle gemeinsam teilen. Deshalb begrüßen wir dieses Abkommen als Chance und nicht zuletzt als Signal an Serbien.

- (B) *Wir tun dies, obwohl nach wie vor eine der lange Zeit geltenden Bedingungen für sein Zustandekommen nicht erfüllt ist: die Überstellung von Ratko Mladić und Goran Hadžić nach Den Haag. Mehr noch: Der jüngste Bericht des Chefanklägers zur Bewertung der Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Gerichtshof ist deutlich kritisch. Er formuliert es natürlich diplomatisch, aber es ist zu verstehen: Nach wie vor fehlt der politische Wille in Serbien, diese Bedingung zu erfüllen. Brammertz fordert zugleich – wiederum verklausuliert – anhaltenden Druck seitens der EU, ohne den eine Auslieferung der Beschuldigten wohl kaum zu erwarten sei.*

Es steht also noch viel Arbeit bevor, die eigentlich vor der Geltung des Stabilisierungsabkommens zu leisten gewesen wäre. Aber auch das Abkommen selbst ist zugleich ein Katalog zu erfüllender Aufgaben – und auch dies für beide Seiten. Denn es verpflichtet die EU zu dauerhaftem und verstärktem Engagement, und es verpflichtet Serbien zur Erfüllung der Bedingungen, derer es zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bedarf. Dabei geht es nicht allein um innenpolitische Entwicklungen, sondern auch um intensiviertere regionale Kooperation.

Denn trotz aller Fortschritte ist die ganze Region im Südosten Europas nach wie vor eine ernsthafte Herausforderung für die europäische und nicht zuletzt deutsche Politik. Deutschland als größter Staat der EU und Verursacher eines Teils der historischen Lasten in Südosteuropa in den großen Kriegen des vergangenen Jahrhunderts hat hier besondere Verantwortung.

(C) *Es gibt ein miteinander verflochtenes Dreieck aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo. Sie alle wollen in die EU, und sie alle sollen in die EU. Ein schwarzes Loch in ihrer Mitte kann sich die EU auf Dauer nicht leisten. Dazu müssen jedoch die Beziehungen zwischen diesen drei Nachbarn verbessert werden. Was sie entwickeln müssen, ist konstruktive Zusammenarbeit.*

Vor einigen Wochen habe ich hier im Plenum eine falsche Information verbreitet. Dafür möchte ich mich entschuldigen und das heute richtigstellen. Die serbische Regierung war trotz vorheriger Ankündigung nicht geschlossen zur Amtseinführung des neuen serbischen Patriarchen in das kosovarische Pec gereist, und Serbien beansprucht auch nicht diese Stadt, wie es das im Fall von Nord-Mitrovica tut. In Pec steht das Patriarchatskloster, dessen Schutz Serbien beansprucht und auch erhält.

Aber Serbien beharrt auf dem Kosovo als Teil seines Staates und erschwert so die Stabilisierung des Kosovo. Verschiedene internationale Institutionen agieren deshalb dort nebeneinander und stehen sich oft genug im Weg. Eine dynamische Wirtschaft kann so kaum entstehen.

(D) *Problematisch bleibt auch die Entwicklung Bosnien-Herzegowinas. Noch immer ist das Land blockiert durch das Fehlen einer modernen Verfassung. Der Vertrag von Dayton bleibt Grundlage und Hürde zugleich. Und der serbische Präsident Tadic tritt im Wahlkampf mit dem härtesten Blockierer einer Verfassungsreform, dem Präsidenten der serbischen Teilrepublik Dodik, und der früheren Vertrauten des Serbenführers Karadžić Biljana Plavšić auf.*

Die beiden Staaten, die Hauptopfer der Kriege waren, bleiben auch heute zurück, und Serbien tut sich schwer mit seiner Vergangenheit und Gegenwart. Deutschland und die EU, involviert in die Geschichte der Kriege und mitverantwortlich für ihr Ende, sind angesichts des Reformstaus in den Ländern des Balkans müde geworden. Jetzt werden auch die Mittel zur Unterstützung der Region gekürzt. Aber wir brauchen Dynamik und Anstrengungen. Wir brauchen ständiges und anhaltendes, ernsthaftes Engagement. Das aber fehlt, teils in der Region selbst, teils in der EU.

Außenminister Westerwelle hat mit seinem ersten und bisher einzigen Besuch zur Entspannung im serbisch-kosovarischen Verhältnis beigetragen. Vor Zeiten gab es Außenminister, die in anderen Regionen monatelange Pendeldiplomatie betrieben, um Einigungen zu erzielen, Verhandlungen voranzubringen. Ich wünschte mir einen deutschen Außenminister, der heute dasselbe auf dem westlichen Balkan tut und der für die Anerkennung der staatlichen Realitäten auch in der EU wirbt, um dort endlich Geschlossenheit zu erzielen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/3963 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A) anderweitige Vorschläge dazu? – Das ist nicht der Fall.
Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(C)

(B)

(D)